

dem italienischen
terreichlichen Ge-

Tordius, der
bleibt, stand der
sittlichen Zu-
europäischen
rechnet man mit
vor Ende des
auf diploma-

in Beziehung
arten in den
i. Bon rumä-
worden, daß Ru-
umänischen Han-
verzichten könne.
ung Deutsch-
lungen in den
den Donaufaaten

Goethe-

fin, 15. März.

g im Reichstags-
schluß zu fassen
umfängen zu
n Goethe. Es
t-Side und für
werden. Auf der
eines erheben
und darunter in
auf der Westseite
ers die Jahres-

D-Zug.

urt, 15. März.

teilung der Eisen-
D-Zug in der
orden, und war
worden sein.
kommen.

er. In keiner
orfall aber nichts
selbst, es handele
einen Steinwurf.

enbesitzers.

leiterten Schöpfen-
der Prozeß gegen
v. Othegrä-
ist ihm vor, durch
enken und eine
d ohne besondere
gehalten zu haben.
sind geladen.
das Fell des von
29. Januar d. J.
ihre Mutter beim
überfiel, das
eichte. Bereits am
nennung des Tie-
die Tötung des
in der vom Ver-
gebracht werde.
jährlicher
Körperverletzung
nis. Der Staats-
des Angeklagten
der Frau
verurteilt von
und fahrlässiger
ung einer polize-
Gefängnis u.

inghof.

Die Ozeanfliegerin
oi kommen glatt
die 1000 ft
abgedeckte Berge
fügt u. d. n.
ie durch die
uteil.

förder.

Schwurgericht ver-
ti aus Stein bei
Tode und zum
Tode verurteilt. Er hatte
16 Jahre alte
Gutsbesitzer, auf
vergewaltigten
wehre, erschlagen.

ausse

die 23405

und verboten

guel gleich

je einer

den beiden

4. März 1932

den Gewinne

zu 500000 M.

708 311654

4829 139691

4979 58231

26671 328620

47405 50086

377474 77652

53591 150377

11125 238106

24138 309856

48913 347278

24278 389542

39. Preußisch-

Lothar - Zisterie

Reg. Rheine i/W.

Künftiger Angehöriger des
Landratsamtes Borken,
von Bürgermeisterämtern
und Aemtern des Kreises
Borken.

Geldstellen:
Bocholt, Realgymstr. 14.
Fernsprech - Sammel - Nr.
3054. - Rhede: Tol
Heinrichs. - Anholt:
W. Woffing. - Werth:
Th. Parris. - Iffel-
burg: Johann Welling.
Klingenberg: Schie-
bertons. - Dingden:
Willy Schmitz.

Organ
der Zentrumspartei.

Postverfandort:
Dortmund.

Bocholter - Borkener Volksblatt

Rheder Volkszeitung.

Famliches Kreisblatt.

Anholter u. Iffelburger Zeitung.

Postverfandort:
Bocholt.

Wegungspreise im Monat:
Abgeholet von der Geschäftsstelle
2.-, ins Haus gebracht einhalb.
35 Wg. Holstein 2.35, durch die
Post einhalb. 42 Wg. Post 2.62
In Höfen höherer Gewalt, wie
Streck, Sperr, Betriebsführung
u. a. hat der Bezugsnehmer seinen An-
spruch auf Befreiung od. Rückzahl.

Wegungspreise:
Für das einpaltige Blatt
12 Wg. lokale Anzeigen 7.7 Wg.
Familienanzeigen 7.7 Wg. (eine
(Belegheits-) Anzeigen 6.6 Wg.
bedrückliche und parteipolitische
Anzeigen 10 Wg. Für den all-
gemeinen (Jen.) Teil gelten
besondere Tarife.
Bei Klageerhebung, Vergleichen,
Konturen fällt der bewilligte
Rabatt fort. - Geschäftsland ist
für beide Teile Bocholt.

Nummer 76

Donnerstag, den 17. März 1932

Jahrgang 1932

Die Reparationsfrage im Reichsbankbericht.

Die Verwaltung der Reichsbank hat gestern der Öffentlichkeit ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1931 vorgelegt, das seit ihrer Errichtung, sicher aber nach der Inflationszeit das schwerste Jahr war, das sie hat erleben müssen. Die Generalversammlung der Anteilseigner der Reichsbank hat dem Bericht, der Bilanz, der Gewinnberechnung und der verstärkten Beteiligung an der Goldkreditanstalt zugestimmt. Ueber Einzelheiten wird im Handelsblatt berichtet. Hier sei kurz das Wichtigste hervorgehoben. Der Reingewinn der Reichsbank ist von 127 Millionen RM im Jahre 1930 auf 209 Millionen RM gestiegen. 93,9 Millionen Mark werden als Vorleistung für die Rentenfinanzierung an die Reichsregierung überwiesen. Es werden wieder 12 Prozent Dividenden, davon 4 Prozent aus dem Dividenden-reservefonds für die Anteilseigner gezahlt. Das Reich erhält 18 Prozent Rentensteuer, aber keinen Anteil am Gewinn. In dem Bericht wird u. a. betont, daß die Reichsbank es auch künftig als ihre oberste Pflicht ansehe, die Stabilität der Reichsmark auf jede Weise zu sichern. Für Währungsgeperrimente ist sie also, wie ja auch Dr. Luther schon wiederholt betont hat, nicht zu haben. Die weiter in dem Bericht behandelte Rentenfinanzierung, an der die Reichsbank bekanntlich indirekt durch die Goldkreditanstalt beteiligt ist, kommt einer volkswirtschaftlichen Kieferstellung gleich. Das große Ziel dabei ist, wieder ein funktionsfähiges Bankwesen zur Verfügung zu haben, um der Wirtschaft in ihrem Existenzkampf die Hilfe zu gewähren, deren sie so dringend bedarf. Von allgemein politischer Bedeutung ist der einleitende Teil des Verwaltungsberichts. Darin wird mit deutlichen Worten der Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise und ihrer besonders katastrophalen Erscheinungen des Vorkriegs mit den politischen Schulden dargelegt. Unter Bezugnahme auf die Berichte und Empfehlungen der beiden zur Prüfung der deutschen Lage im August und im Dezember berufenen Sachverständigenkommissionen und des am 1. Januar 1932 in Berlin tagenden Ständigen Ausschusses wird von der Reichsbank noch einmal festgestellt, daß der Hauptkern der Weltwirtschaftskrise in der Weltwirtschaft in dem riesigen Komplex der politischen Schulden zu suchen ist, die in völliger Widerspruch zu den natürlichen Gesetzen des internationalen Wirtschaftsverkehrs aufgetrieben sind, auch den Gläubigern im ganzen mehr Schaden als Nutzen bringen und einem normalen Funktionieren der Weltwirtschaft sowie einem wahren Frieden- und Vertrauenszustand noch heute, dreizehn Jahre nach Beendigung des Krieges, hindernd im Wege stehen. Sehr eindringlich sind dann die folgenden Ausführungen des Berichts:

In dieser Reihe der Kriegsschulden kommt der Deutsch-land auferlegten Reparationslast eine besondere Bedeutung zu. Obwohl bereits die Dawes-Sachverständigen 1924 in ihrem Bericht festgestellt haben, daß Deutschland Reparationen nur aus dem Ueberfluß seiner Handels- und Leistungsbilanz bewirken könne und daß eine Zahlung von Reparationen mit Hilfe von ausländischen Anleihen und Krediten lediglich eine Verflechtung und Vergrößerung bedeute, wurden die deutschen Reparationen in der Folgezeit tatsächlich aus Anleihen und Krediten gedeckt, da Deutschland die notwendigen Wirtschaftsbilanzüberschüsse nicht erzielen und nicht erzielen konnte. Erst als im Verlauf der Weltwirtschaftskrise der Zustand ausländischer Anleihen und Kredite nach Deutschland mehr und mehr verknüpfte, trat die Möglichkeit der von den maßgebenden deutschen Stellen immer wieder vertretenen Auffassung von der volkswirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit und Unmöglichkeit des Reparationsystems in voller Klarheit in die Erscheinung, zumal sich unter der Wirkung des katastrophalen Abstiegs der Weltmarktpreise die deutschen Werten gegenüber den Werten des Auslandes um mindestens ein Drittel erhöht hatten. Wenn die früheren - entgegen allen Warnungen der Reichsbank vielfach übertriebene - Kreditgewährung des Auslandes sich inzwischen in ihr Gegenteil verkehrte und die Gläubiger in größtem Umfang ihre Kapitalien aus Deutschland zurückzunehmen versuchten, so lag der Grund dafür nicht nur in einem Kapitalbedarf des Auslandes, nicht nur in Befürchtungen vor zunehmender Radikalisierung Deutschlands als Folge der wachsenden Not, sondern im wesentlichen in der sich mehr und mehr durchsetzenden Erkenntnis, daß Deutschland unter dem fortwährenden Druck seiner Reparationslasten dem Zusammenbruch zureiche. Die Vorgänge bei dem Zustandekommen des Hoover-Moratoriums, die deutsche Bankentziffer, die Stillhalte-Verhandlungen und die Feststellungen der Rostow Sachverständigen befestigten diese Erkenntnis immer mehr. Der entscheidende Punkt ist jetzt erreicht. Das System der Reparationen und sonstigen politischen Schulden hat sich angesichts der Solidarität der modernen weltwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern als ein auf die Dauer unaufhaltendes Verfahren erwiesen. Es gibt keine andere Lösung mehr, als mit aller Bestimmtheit dieses System, das sich katastrophal entgelten hat, aufzugeben und es neu aufzubauen, wenn die Welt vor neuen wirtschaftlichen und sozialen Katastrophen bewahrt bleiben soll, die in ihren Folgen völlig unabsehbar sind und die für alle die unheilvollen Wirkungen des Weltkriegs noch übersteigen könnten. Wie die bezeichneten Sachverständigenkommissionen übereinstimmend festgestellt haben, liegt eine politische Entscheidung über diese Dinge schließlich im unmittelbaren vitalen Interesse aller Länder ohne Ausnahme. Nur ein solcher Entschluß würde imstande sein, das innere und äußere Vertrauen zur deutschen Wirtschaft und zum deutschen Volkstum wiederherzustellen und damit eine der wichtigsten Voraussetzungen zur Überwindung

der gegenwärtigen Wirtschafts- und Kreditkrise der Welt zu schaffen. Das hierzu erforderliche einseitige und mutige Bekenntnis der vor der Weltgeschichte verantwortlichen Staatsmänner, aus den Feststellungen und Empfehlungen der Sachverständigen die praktisch wirksamen Schlussfolgerungen ziehen zu wollen, ist daher nicht nur eine politische Angelegenheit,

sondern ebensosehr eine unabwendbare wirtschaftliche Notwendigkeit.

Diese Bemerkungen lassen gewiss an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Sie führen den Reparationsgläubigern, die leider sich immer noch Zeit lassen, dieses wichtigste weltwirtschaftliche und weltpolitische Pro-

blem entscheidend anzupacken, erneut vor Augen, was auf dem Spiele steht. Man darf wohl erwarten, daß gerade dieser Teil des Jahresberichts der Reichsbank im Auslande besonderer Aufmerksamkeit begegnet.

Keine Aussicht auf Heraussetzung des Wahlalters

Mißglückter Versuch vor Toresschluß.

Von unserer Berliner Redaktion.
(Berlin, 16. März (Drahtb.))

Die Bemühungen im Preussischen Landtag um Heraussetzung des Wahlalters sind in vollem Gange. Es handelt sich dabei bekanntlich nicht um einen Schritt der preussischen Regierungskoalition, sondern die Wirtschaftspartei hat schon vor längerer Zeit einen Gesetzentwurf über die Heraussetzung des aktiven Wahlalters eingebracht, den sie jetzt kurz vor Toresschluß wieder aus der Verlesung hervorgeholt hat.

Der Vorschlag des Preussischen Landtages beschloß am Mittwoch vormittag, diesen Gesetzentwurf am Freitag, in der Vollziehung des Landtags zur zweiten Lesung zu stellen. Die erste Lesung des Entwurfes hat schon vor längerer Zeit stattgefunden, doch war die Ausfertigung der Vorlesung abgelehnt worden, so daß die Angelegenheit bisher unerledigt bei den Landtagsakten liegt. Die Kommunisten haben bereits angekündigt, daß sie dagegen Einspruch erheben würden, wenn man im Anschluß an die zweite Lesung des Gesetzentwurfes am Freitag sofort die dritte Lesung vornehmen wollte. Das Vorgehen der Kommunisten würde zur Folge haben, daß in der nächsten Woche, etwa am Dienstag, nach einer Vollziehung zur Vorlesung der dritten Lesung des Gesetzentwurfes stattfinden müßte.

Bei der Verrückung des Wahlalters handelt es sich nicht lediglich um eine preussische Angelegenheit, sondern falls eine Verrückung eintreten würde, so müßte sie sich auch auf die anderen Länder und zuletzt auf das Reich auswirken.

Die Ausfichten, daß im Landtag mit verfassungsmäßiger Zweidrittelmehrheit das Wahlalter von 20 Jahren auf 25 Jahre heraufgesetzt wird, ist gering. Sowohl in der deutschnationalen als auch in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion ist man sich darüber einig, daß von einer Heraussetzung des Wahlalters große Vorteile zu erwarten seien. Vor allem könnte eine weitere Radikalisierung des politischen Lebens verhindert werden, da ja die jugendlichen Wahlberechtigten besonders Zug zu den radikalen Parteien mit ihren hochtönen Phrasen haben. Wenn die deutschnationale Landtagsfraktion an die Regierungsparteien die Frage gestellt hat, ob eine geschlossene Front der Regierungsparteien mit Fraktionszwang hinter dem Antrag auf Erhöhung des Wahlalters in Preußen stehe, so ist diese Fragestellung falsch, weil es sich nicht um die Regierungsparteien handelt, sondern um alle Parteien von den Sozialdemokraten bis hinunter zu den Deutschnationalen. Am Mittwoch nachmittag war die Lage so, daß die Deutschnationalen auf einen Beschluß der Sozialdemokraten und die Sozialdemokraten auf eine Fraktionsentscheidung der Deutschnationalen warteten. Wenn nun aber auch in der sozialdemokratischen Landtagsfraktion der gute Wille für eine Heraussetzung des Wahlalters vor-

handen sein sollte, so scheinen von der sozialdemokratischen Parteileitung aus recht erhebliche Bedenken gegen eine Verrückung des Wahlalters geltend gemacht zu werden. Denn die Heraussetzung des Wahlalters auf 20 Jahre ist doch eine der Errungenschaften der Revolution, deren sich die Sozialdemokratie vor nicht zu langer Zeit noch rühmte. Man sah am Mittwoch im Preussischen Landtag die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteivorstände Dr. Breit-scheidt, Solmann und Hilgenbrand. Wie verlautet, soll vom sozialdemokratischen Parteivorstand der Landtagsfraktion erklärt worden sein, daß eine Verrückung des Wahlalters nicht zu den Aufgaben der Landtagsfraktion gehöre, sondern von der Partei eingehend beraten werden müsse. Uebrigens ist es auch bei den Deutschnationalen fraglich, ob die Landtagsfraktion zu einem zustimmenden Beschluß kommen kann, da der Parteiführer Eugen-berg aller Wahrscheinlichkeit nach dagegen ist. Somit wird aus dieser von vielen Seiten schon seit Jahren geforderten Wahlrechtsreform wohl auch jetzt nichts werden.

Die sozialdemokratische Fraktion lehnt ab.

(Berlin, 16. März.) Zur Frage der Heraussetzung des Wahlalters in Preußen verlautet von sozialdemokratischer Seite, daß die sozialdemokratische Fraktion gegen den Gesetzentwurf der Wirtschaftspartei stimmen würde, wenn dieser im Landtag zur Verhandlung kommen sollte. Da der Gesetzentwurf aber erst nach Abschluß der Haushaltsaufsicht zur Beratung gestellt werden soll und die Haushaltsberatung voraussichtlich

Listennachfolger nicht mehr Erbe frei- werdender Landtagsmandate.

Parlamentarischer Auftakt zu den Preußenwahlen.

(Berlin, 16. März.)

Im Preussischen Landtag begann am Mittwoch die politische Aussprache zur ersten Lesung des Haushaltsplanes für 1932, die man als Auftakt sowohl für den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen, wie für die preussischen Landtagswahlen am 24. April zu werten hat. Vorher wurde noch ohne Aussprache endgültig mit allen gegen die Stimmen der Nationalsozialisten verabschiedet ein Initiativgesetzentwurf der Regierungsparteien, wonach

in Verrückung des preussischen Wahlalters beim Auscheiden eines Abgeordneten nicht mehr automatisch der Listennachfolger in den Wahlkreis einzutreten soll. Bismarck bleibt es, wie in den kommunalen Parlamenten, den Parteien überlassen, wenn sie als Nachfolger be-
trachten.

Annahme fanden auch Anträge des Beamtenausschusses, in denen u. a. die Wiederherstellung der zugehörigen Stellenzulagen für landliche Lehrer verlangt wird.

Die politische Debatte leitete der Sozialdemokrat Dr. v. Winterfeldt (Dn.) für die entscheidende Stellungnahme gegen die Verrückung des Wahlalters im Reichstag. Er erklärte, daß die preussische Ministerpräsidentenwahl, die die Regierungskoalition in der Tasche erledigte, das selbst in dieser Krisenzeit ein sehr bedauerlicher Zustand sei. Er verlangte, daß die Regierung sich schleunigst beim Reich für die Gemeinden einsetze, weil sonst jede geordnete Finanzpolitik in Deutschland unmöglich würde. Dr. v. Winterfeldt (Dn.) forderte entscheidende Stellungnahme gegen die Verrückung des Wahlalters im Reichstag. Er erklärte, daß die preussische Ministerpräsidentenwahl, die die Regierungskoalition in der Tasche erledigte, das selbst in dieser Krisenzeit ein sehr bedauerlicher Zustand sei. Er verlangte, daß die Regierung sich schleunigst beim Reich für die Gemeinden einsetze, weil sonst jede geordnete Finanzpolitik in Deutschland unmöglich würde. Dr. v. Winterfeldt (Dn.) forderte entscheidende Stellungnahme gegen die Verrückung des Wahlalters im Reichstag.

Hg. Vetterhaus (Z) erklärte, die Opposition, die nur immer von der deutschen Wirtschaftskrise sprach, die Weltwirtschaftskrise jedoch verschwiege, habe den Bund und die Arbeiterschaft zu ihrem Bundesgenossen gemacht. Von der Schuld des Systems könne man nur den jungen Leuten erzählen, die weder Krieg noch Widerstand, sondern nur Augen mitgemacht hätten. Man sollte lieber danach trachten, unter Volk aus der Notlage herauszuführen. Das Zentrum wüßte, daß alle positiven Kräfte sich zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden. Es habe die Auseinandersetzungen nicht, wenn diese von der Rechten gewünscht würden. Der Redner griff den deutschnationalen Parteiführer Dr. Eugen-berg an, der seine Schuld auf andere abwälzen veruche.

Wenn man dem Zentrum so vorwerfe, es habe mit der Sozialdemokratie eine gemeinsame Sache gemacht, so ist zu fragen, was denn damals die Deutschnationalen machen wollten. Wir haben uns damals in die Hände gefesselt und werden uns nicht lösen, das mit uns Parteien, die weltanschaulich weit von uns entfernt sind, das Rettungswort für Volk und Vaterland geben haben.

(Beifall im Zentrum.) Sie (nach rechts) haben nichts anderes getan, als das Rettungswort zu erschweren. Von politischer Aufarbeitung hat man von Ihnen (nach rechts) noch nichts gehört. Wir wissen wohl, daß Sie nach ihrem Sturz mit Hilfe dem Auslandes erlitten haben, daß auch Sie die Verbindung mit Frankreich wollten. Die nationalsozialistische von jeder aufgeregte Wirtschaftsauf-

Scharfe Note der Signatar- mächte an Litauen.

Verfassungsmäßige Zustände im Memelgebiet gefordert.

(Genf, 16. März.)

Die Signatarmächte haben, wie von beteiligter Seite verlautet, heute nachmittag in Romo durch einen Kollektivschritt eine Note überreicht, die sehr energig gehalten ist und in der die litauische Regierung aufgefordert wird, im Memelgebiet durch Einsetzung eines Direktoriums, das das Vertrauen der Bevölkerung genießt, für verfassungsmäßige Zustände zu sorgen.

Die Note soll die Warnung enthalten, daß die Signatarmächte sich unter Umständen gezwungen sehen könnten, Litauen wegen Bruches der Memelkonvention vor dem Haager Gerichtshof anzuklagen. Die Note soll einen außerordentlich scharfen Charakter tragen und in sehr entschiedener Ton darauf hinweisen, daß die Verletzung der Bildung eines Landesdirektoriums im Memelgebiet in Widerspruch zu den Bestimmungen der Memel-Konvention und den Bestimmungen des Völkerbundesrates vom Februar d. J. Die litauische Regierung wird weiter aufgefordert, das

Direktorium gemäß den festgelegten Verpflichtungen zu bilden.

Der Schritt der vier Mächte entspringt den von der deutschen Regierung in der letzten Zeit mehrfach unter-nommenen Vorlesungen, bei denen besonders darauf hingewiesen wurde, daß eine Auflösung des Memellandes letztlich dazu führen würde, daß der gegenwärtige verfassungsmäßige Zustand und das verfassungsmäßige Direktorium des litauischen Gouverneurs im Memelgebiet weiter aufrechterhalten würden.

Litauischer Schwindel.

(Memel, 16. März.)

Zu der gestrigen Meldung aus Romo, daß von Litauen Ausführungsbestimmungen zum Memelstatut erlassen worden seien und die Zustimmung der Signatarmächte gefunden haben sollen, erfahren wir von unrichtigster Stelle. Die Litauer denken sich seit zwei Jahren, solche Ausführungsbestimmungen zu erlassen und die Zustimmung der Signatarmächte zu erlangen. Diese haben aber ihre Zustimmung dazu immer verweigert. Die Genfer Vertretung Deutschlands hat die Zustimmung erhalten, daß die Signatarmächte niemals ihre Zustimmung zu Ausführungsbestimmungen geben würden, die nicht im Einklang mit der Memelkonvention ständen.

Stellung bezieht die Inflation, wenn sie durchgeführt werde. Es gebe
jetzt nur die Alternative, entweder der harte Weg der Notverordnungen oder die Inflation.

Das Zentrum verneine die Frage, ob man dem mit zusammengekauften Häufen der Unzufriedenen die Macht in Deutschland überlassen könne. Der Redner bezeichnete es als schmerzhaft, daß die Provinz, für die Hindenburg der Retter in Krieg und Frieden war, heute an anderer Stelle stehe. Ein bedeutender nationaler Vorgang sei es, daß der greise Feldmarschall und Protektor Hindenburg dem jungen Katholiken Brüning die Hand zu gemeinsamer Arbeit für das Vaterland bot. Das Zentrum werde alles tun, damit alle politischen Gruppen, die in den schweren Jahren Deutschlands zur Verantwortung bereit waren, auch nach den Wahlen ihr Wort fortsetzen können.

Abg. Schmitt (K.) sprach von einer Bilanzerschleierung im neuen Etat und griff die Sozialdemokratie an. — Dr. Reumann (D. Fr.) meinte, daß die Realisierung der Forderungen der Bürgerbewegung, was die Regierungen bisher als ihren Ruhm hingestellt hätten, müßten sie jetzt wieder streichen. — Abg. Schmitt (K.) vertrat besonders die Interessen des flachen Landes unter Betonung der Erzielung höherer Agrarpreise und forderte Einstellung jeder Tributzahlung. — Abg. Rühle (St. Fr.) betonte, daß erst die Geschichtsschreibung feststellen könne, was Brüning für die preußischen Finanzen geleistet habe. Den Nationalsozialisten, die sowohl den Arbeiter wie der Schwerindustrie alles Gewünschte versprochen, hielt er doppelte Moral vor und sagte, daß sie die Wegbereiter des Bolschewismus seien. Preußen dürfe nicht Tummelplatz des Kapitalismus werden.

Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vertagt, wo Ministerpräsident Brüning das Wort ergreifen und auch der wirtschaftsparteieller Antrag auf Heraushebung des Wahlalters auf der Tagesordnung stehen wird.

Tagesfragen.

Die Staats-theater.

Von den sechs preußischen Staatstheatern ist bereits seit längerem die Krolloper in Berlin der Sparnotverordnung folgend drei weitere Bühnen geschlossen worden. Daraus ist die Lösung entstanden, daß das wenige Jahre nach dem Kriege in die Verwaltung des Staates übernommene Schillertheater in Berlin in einen privatwirtschaftlichen Theaterbetrieb verwandelt und die staatlichen Bühnen in Wiesbaden und Kassel, für die der neue Haushaltsplan keine Mittel mehr aufweist, von der Landesverwaltung abgetrennt werden. Dem Generalintendanten Lietjen, der bisher die oberste, dem Kultusminister verantwortliche Spitze für alle sechs Staatstheater war, bleiben nur noch die Staatsoper unter den Linden und das Staatliche Schauspielhaus in Berlin unterstellt. Auf sein Geheiß hin ist er von den bisher gleichzeitig ausgeübten Pflichten des Ministerialreferenten befreit worden. Er wird neben der Generalintendantenämter künftig das Intendantenamt für die Staatsoper ausüben, für das Staatliche Schauspielhaus aber, dem seit dem Ausscheiden des Intendanten Legal die eigene Führung fehlt, soll ein neuer selbständiger Leiter bestellt werden. Diese ganze Angelegenheit hat bei uns zu Lande natürlich nicht das Interesse wie etwa in Berlin. Aber die Staatstheater arbeiten mit den Zuschauern, die die preußischen Steuerzahler aufrufen müssen. Außerdem nehmen sie doch in deutschen Theaterwesen eine führende Stellung ein, sie sind so etwas wie eine kulturelle Musterkarte, die dem nach Deutschland kommenden Ausländer präsentiert werden. Aus diesen Gründen kann auch ein Provinzialer nicht ganz gleichgültig sein, was mit den Staatstheatern geschieht. Der Zwang der Not hat in dem staatlichen Theaterbetrieb zu so einschneidenden Maßnahmen geführt, daß zwei Drittel von ihm geschlossen oder abgetrennt werden. Man braucht für die vierzig großen weltbekannten Bühnen nicht die gleiche Energie zu fordern, aber es berührt doch merkwürdig, daß die rheinisch-westfälischen Großstädte, abgesehen von Mülheim, es trotz ihrer relativ größeren Finanzkraft, als sie den preußischen Staat bedrückt, ihr Theaterwesen mehr oder weniger in dem Zustand belassen wollen, der schon 1930 und erst recht 1931 starke Beanstandung gefunden hat.

Der irische Treueid zur englischen Krone.

Die jüngst im irischen Freistaat getätigten Landtagswahlen haben die bisherige Regierungsmehrheit, die seit der Erklärung Irlands zum britischen Dominion, also seit zehn Jahren, am Ruder ist, in die Minderheit gebracht. Das Kabinett Cosgrave ist daraufhin zurückgetreten, und der Führer der republikanischen Partei de Valera, der als Revolutionär und Freiheitskämpfer, hat die neue Regierung gebildet, die sich auf die damals im Bürgerkrieg unterlegenen, die völlige Loslösung Irlands aus dem britischen Imperium fordernden Republikaner und auf die unabhängige Arbeiterpartei stützt. Der Regierungswechsel hat sich reibungslos vollzogen und ist bemerkenswerter Weise auch in England mit Ruhe aufgenommen worden. Jetzt allerdings beginnen sich die ersten Folgen dieses Regierungswechsels zu zeigen. Im irischen Landtag kündigte am Dienstagabend Ministerpräsident de Valera im Zusammenhang mit der Freilassung der politischen Gefangenen an, die Regierung schlage die Entfernung des Treueides zur englischen Krone aus der irischen Verfassung vor. Dann werde kein Bürger mehr Grund haben, den Gesetzen den Gehorsam zu verweigern. „Wir wünschen“, erklärte de Valera, „daß jede Gruppe der Bevölkerung ihre Vertreter in diese Versammlung entsenden kann, ohne ihr Gewissen mit Unteraneid beladen zu müssen. Wir haben Verpflichtung, ihn abzuschaffen.“ Der Finanzminister MacEntee kündigte ferner die Absicht der Regierung an, die jährlichen Entschädigungszahlungen an England im Betrage von drei Millionen Pfund einzustellen. Falls diese Maßnahme durchgeführt werde, bräuchten die vorgelegenen Gehaltsforderungen nicht erfolgen. Hiernach scheint in den Beziehungen zwischen Irland und der britischen Krone eine ernste Wendung einzutreten. Der Boden der Insel ist in den hundertjährigen Kämpfen, die ihrer Eroberung durch die Engländer dienten, und in zahlreichen Aufständen der Iren mit Strömen von Blut getränkt. Die letzten Kämpfe dieser Art, die von der Erschießung von Männern, Frauen und Kindern, von der Verwüftung wech-

lofer Gefangener, der Plünderung und Niederbrennung Hunderte von Dörfern und anderen Grausamkeiten begleitet waren, spielten sich nach dem Weltkriege ab und führten schließlich zum dem beifolgenden Heroismus aller Kreise des irischen Volkes im Juli 1921 zum Waffenstillstand und Ende 1922 zur Errichtung des irischen Freistaates. Der grundlegende Vertrag mit der britischen Regierung, den de Valera auf beständige belandete, sicherte Irland innerhalb des britischen Reiches die gleiche Stellung wie die des meistbegünstigten Dominion Kanada, ein eigenes Parlament und eine diesem verantwortliche Staatsgewalt, ein eigenes Heer, ab 1928 eigene Kassenverteilung und das Recht, eigene diplomatische Vertretungen im Ausland zu unterhalten. Der nördliche protestantische und vorwiegend von Engländern besiedelte Teil Irlands, Ulster, blieb außerhalb des Freistaates, der seitdem eine bemerkenswerte Aufwärtsentwicklung genommen hat, zu der u. a. auch die deutsche Elektrizitätswirtschaft durch den Bau eines riesigen Kraftwerkes, durch das ganz Irland mit Strom versorgt wird, in

Deutsche Stellungnahme zu Tardieus Donauplan.

Die Genfer Besprechungen.

+ Genf, 16. März.

Die Besprechungen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau der Donauländer sind heute im Kreise der interessierten Delegationen weitergepflogen worden. Tardieu, der noch bis morgen hier bleibt, hat in diesem Zusammenhang auf den Wunsch geäußert, hier in Genf mit deutschen Vertretern über diese Frage zu sprechen. Um dem zu entsprechen, hatten sich hier zwei Vertreter der deutschen Regierung auf, nämlich Ministerialdirektor Dr. Posse und Legationsrat von Heeren.

Der italienische Delegierte de Michelis, der mit Tardieu gestern eine längere Aussprache hatte, ist heute wieder nach Rom zurückgekehrt, um Mussolini Bericht zu erstatten. In französischen Delegationenstreifen wird angenommen, daß nunmehr auf Grund dieser Aussprache die italienische Regierung ihre Stellungnahme der französischen Regierung bald unterbreiten wird. Auf französischer Seite wird erneut erklärt, daß die englische Regierung dem Plane zugestimmt habe.

Deutscherseits dürfte in den jetzigen Besprechungen mit Nachdruck geltend gemacht werden, daß irgendwelche Präferenzabmachungen innerhalb der Donauländer, an denen auch die Tschechoslowakei beteiligt wäre, für Deutschland nur dann annehmbar seien, wenn Deutschland gleichfalls in dieses System einbezogen werde. Ferner steht man deutscherseits auf dem Standpunkt, daß auch Bulgarien in den Plan einer wirtschaftlichen Neuorganisation der Donauländer einbezogen werden muß.

Die deutschen Vertreter hatten im Laufe des heutigen Tages persönliche Besprechungen mit Vertretern der Donauländer.

Der deutsche Standpunkt.

+ Berlin, 16. März.

Die deutsche Stellungnahme zu den französischen Vorschlägen über die Sanierung des Donauraumes geht davon aus, daß sich die Reichsregierung in der Beurteilung der Dringlichkeit einer entschlossenen Hilfsaktion für die notleidenden Donauländer mit der französischen Regierung in voller Übereinstimmung befindet.

Das französische Memorandum nimmt Bezug auf den Bericht des Finanzausschusses des Völkerbundes über den Finanzlage Österreichs und Ungarns, der die Aufmerksamkeit der Regierungen dieser beiden Staaten auf die Notwendigkeit gelenkt habe, sobald wie möglich mit gewissen Nachbarländern engere wirtschaftliche Beziehungen herzustellen. Deutscherseits wird darauf hingewiesen, daß der Finanzausschuß des Völkerbundes bei seiner Empfehlung einer wirtschaftlichen Annäherung Österreichs und Ungarns an ihre Nachbarstaaten und andere Staaten von der Erkenntnis ausgegangen ist, daß die genannten Länder zu ihrer wirtschaftlichen Gesundung einer Erweiterung ihres Absatzmarktes bedürften. Wenn die französische Regierung glaube, ein ähnliches Bedürfnis auch bei den übrigen Ländern des Donauraumes feststellen zu können, so könne die Reichsregierung dieser Auffassung hinsichtlich der überwiegend agrarischen Donauländer Rumänien, Jugoslawien und Bulgarien nur zustimmen.

Die deutsche Regierung ist immer der Meinung gewesen, daß die beste Lösung zur Überwindung dieser Schwierigkeiten die Schaffung eines riesigen Wirtschaftsraumes wäre, der nach seiner Größe und seiner wirtschaftlichen Struktur den Platz der landwirtschaftlichen Überflüsse aus den südlichen europäischen Agrarstaaten innerhalb seiner Reichweite hätte. Dieses Ziel würde jedoch lediglich durch eine Zusammenfassung der Donauländer unter sich erreicht werden können. Vielmehr wird ein solcher Wirtschaftsraum auch die großen landwirtschaftlichen Produktionsgebiete Europas mit umfassen müssen.

Ein auf die Donauländer beschränkter wirtschaftlicher Zusammenschluß würde überdies für die ebenfalls stark bedrängten deutschen Wirtschaftskreise eine schwer verträgliche Verengung ihres Absatzmarktes zur Folge haben.

Mit der Verwirklichung der durchgeführten Lösung durch Schaffung eines solchen großen europäischen Wirtschaftsraumes wird jedoch nicht so bald gerechnet werden können, wie dies für eine rechtzeitige Hilfe unerlässlich ist. Deutschland hat deshalb seinerseits nach Wegen gesucht, auf denen die notwendige rasche Hilfe gegenüber dem gegenwärtigen außergewöhnlichen

erheblichem Maße beigetragen hat. Wenn jetzt die Regierung, die sich in solcher Weise verdient gemacht hat, bei den Wahlen unterlegen ist, so liegt das daran, daß die Opposition immer sehr stark geblieben war und daß es ihr dank der Unbeständigkeit der Volksmeinung jetzt endlich gelungen ist, den kleinen Vorsprung zu erreichen, der ihr die Macht in die Hand brachte. Der der englischen Krone vom Parlament zu leistende Treueid war für de Valera und seinen Anhang in all diesen Jahren der stärkste Stein des Anstoßes. Und so ist es denn eine der ersten Taten der neuen Regierung, daß sie diesen im Vertrag mit England und in der irischen Verfassung festgelegten Eid abzuschaffen sucht, und ebenso natürlich alles, was sonst die Verbindung mit England sinnfällig macht. Daß Regierung und Parlament in London diese Veränderungen in gleicher Ruhe hinnehmen wie den Regierungswechsel, darf man wohl bezweifeln, wenn man auch nicht annehmen braucht, daß der grimmige Kampf, der vor zehn Jahren sein Ende fand, nun von neuem entbrennen wird.

Krisenzustand geschaffen werden kann, ohne einer späteren Geländekorrektur vorzuziehen.

Schon die italienische Regierung hat in ihrer nach Auffassung der Reichsregierung durchaus zutreffenden Beurteilung der Lage darauf hingewiesen, daß in der schwierigen Situation Österreichs und Ungarns ein Gefahrenmoment liegt, dessen Beseitigung vorrangig erscheint. Österreich kann nach Auffassung der deutschen Regierung eine wirksame und rasche Hilfe dadurch gewährt werden, daß entsprechend der Anziehung des Finanzausschusses des Völkerbundes, seine Nachbarländer und andere Staaten für die Aufnahme der österreichischen Ausfuhr bevorzugte Bedingungen schaffen. Ungarn und den übrigen Donauländern mit überwiegend agrarischer Bevölkerung wird ebenfalls zunächst dadurch eine wesentliche Erleichterung gebracht werden können,

daß ihre Getreideüberschüsse von den europäischen landwirtschaftlichen Produktionsgebieten unter günstigeren Bedingungen aufgenommen werden.

Diese beiden Maßnahmen entsprechen insbesondere völlig den Vorschlägen, die von der französischen Regierung selbst am 16. Mai 1931 in dem sogenannten „Konstruktivplan“ dem Europarat vorgelegt wurden. Nach dem Ziele einer sofortigen und unmittelbaren Hilfe für Österreich und die Agrarländer des Donauraumes vorgelegt wurden. Auch die Reichsregierung sieht in einer Einigung aller beteiligten Staaten auf der Basis dieser Vorschläge den besten Weg für eine rasch wirksame Hilfe für die im Frage kommenden Donauländer.

Sie hat sich in ihrer Antwort auf den Appell Österreichs bereits vorbehaltlos auf diesem Boden gestellt. Sie hat überdies ebenso wie die französische Regierung die praktische Verwirklichung der Vorschläge durch Aufschluß von Verträgen mit Ungarn und Rumänien über bevorzugte Abnahme von Getreide aus diesen Ländern schon in Angriff genommen. Sie ist im gleichen Geiste der Hilfsbereitschaft und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, sich an der weiteren internationalen Behandlung dieser Frage zu beteiligen. Ebenso wie der italienischen Regierung erscheint es schließlich auch der Reichsregierung

nicht zweckmäßig, den vorgelegenen Meinungsaustrausch auf die Vertreter der interessierten Donauländer zu beschränken.

Da das dringende Erfordernis darin besteht, den notleidenden Donauländern den Weg ihrer Erzeugnisse auf aufnahmefähigen europäischen Märkten zu erleichtern, könne man sich von Abmachungen der Donauländer untereinander einen durchgreifenden Erfolg nicht versprechen. Es liegt vielmehr gerade im Interesse der Donauländer selbst, bei dem Gedankenaustrausch von vornherein die Vertreter der Hauptabnehmerländer, insbesondere Frankreichs, Englands, Italiens, Deutschlands usw. hinzuziehen.

Günstiges Urteil über das deutsche Memorandum.

++ Paris, 16. März.

Der Genfer Korrespondent des „Temps“ berichtet, daß Tardieu sich ihm gegenüber günstig über das deutsche Memorandum zur Donaufrage geäußert habe. Die Verhandlungen mit Italien würden Anfang kommenden Woche in Paris wieder aufgenommen werden.

Südslawien gegen den französischen Plan.

++ Belgrad, 16. März.

Das Blatt des Außenministers, die „Browa“, berichtet aus Genf, daß der südslawische Außenminister Marinkowitsch dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu mitgeteilt habe, daß Südslawien auf keinen Fall der Schaffung eines Vorkurszollbundes zwischen Österreich, Ungarn und der Tschechoslowakei zustimmen würde. Südslawien sei auch gegen die Vorkurszollvereinbarungen Italiens mit Österreich und Ungarn. Für Südslawien sei eine Lebensfrage, Abhängigkeit für keine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu finden. Es sei daher der Ansicht, daß der derzeitige Zustand günstiger sei, als wenn eine engere Verbindung zwischen Prag, Wien und Budapest bestünde.

Zugleich berichtet die „Browa“ über große Schwierigkeiten, auf die Tardieu in Genf gestoßen sei. Es könne keine Rede davon sein, daß sich der französische Plan in absehbarer Zeit verwirklichen lassen werde. Es bestünden in dieser Hinsicht noch immer dieselben Hindernisse, die seit zehn Jahren jeden Versuch einer Neuregelung der mitteleuropäischen Verhältnisse zum Scheitern gebracht hätten.

Ihm dem Haushaltsausschuß zu überweisen. Wie das Nachrichtenbüro des Völk. wird der Ministerpräsident des Reichstages nach Österreich zusammengetreten, um über den Termin des Wiederbeginns der Reichstagsverhandlungen Bescheid zu lassen.

Ein ausgezeichneter Amerikaner über Dr. Brüning.

++ New York, 16. März.

Nach einer Meldung der Associated Press hat sich der zur Zeit in Berlin weilende Präsident der amerikanischen Handelskammer in Washington, Strawn, nach seinem Empfang durch den Reichkanzler Dr. Brüning folgendermaßen geäußert: Ich habe selten einen

Mann getroffen, der so die ganze internationale Lage beherrscht, wie den deutschen Reichskanzler. Ich habe einen außerordentlich starken Eindruck von seiner Persönlichkeit und seinem Können empfunden.

Kein Sammelkandidat der Rechten.

© Berlin, 16. März.

Der „Deutsche“ berichtet, daß sich der Bundeskanzler des Stahlhelms, Major Wagner, im Auftrage Eugenbergs nach München begeben habe, um Hitler zu bewegen, von seiner Kandidatur für den zweiten Wahlgang zurückzutreten und sich für einen Sammelkandidaten der Deutschen Nationalen zu erklären. Die Kandidatur des Kronprinzen ist damit erledigt.

Wie die Telegr.-Union hierzu vom Stahlhelm und von deutschnationaler Seite erklärt, ist diese Meldung in allen Punkten unrichtig. Major Wagner hat Berlin seit Montag nicht verlassen. Eugenberg hat nicht die Absicht, den Admiral von Schröder als Sammelkandidaten für den zweiten Wahlgang vorzuschlagen. Auch die Nachricht über eine beabsichtigte Kandidatur des Kronprinzen wird als aus der Luft gegriffen bezeichnet. Es ist niemals beabsichtigt gewesen, den Kronprinzen als Kandidaten aufzustellen.

In diesem Zusammenhang ist auch folgende Erklärung in einer Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes des „Stahlhelms“ zum Ergebnis der Reichspräsidentenwahl von Bedeutung: „Der Reichspräsident von Hindenburg hat am 13. 3. 18,5 Millionen Stimmen auf sich zu vereinen vermocht. Von der nächsthöchsten Stimmenzahl, der des nationalsozialistischen Parteiführers Hitler, trennen ihn immer noch über 7 Millionen Stimmen. An der absoluten Mehrheit fehlen nur knapp 200 000 Stimmen. Wir sind nicht Demokraten und in Formalfestigkeit genug, um zu bekennen, daß damit Hindenburg praktisch den Sieg im Wahlgang errungen hat. Ein zweiter Wahlgang könnte kein anderes Ergebnis zeitigen. Er ist damit, selbst wenn er aus formellen Gründen stattfinden muß, politisch bedeutungslos. Wenn also eine Möglichkeit besteht, die Formidabilität des zweiten Wahlganges herabzusetzen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden, obgleich unsere grundsätzlichen Bedenken gegen eine etwaige Veräußerung der Reichspräsidentenfrage mit parlamentarischen Entschärfungen unverändert fortbestehen.“ Der Entschluß, sich keiner nationalsozialistischen Parteikandidatur zu unterwerfen, bleibe richtunggebend bestehen.“

Neue „Kampfkundgebung“ Hitlers.

+ Weimar, 16. März.

Gestern wurde veranstaltet die Nationalsozialisten in der kürzlich eingeweihten Weimar-Halle eine von rund 5000 Teilnehmern besetzte „Kampfkundgebung“. Nach Dr. Frick und Goebbels nahm Hitler das Wort zu einer spontanen Kampfanrede, die wieder den bei ihm gewohnten Geist der Überheblichkeit deutlich zur Schau trug. Wenn er sich, sagte er u. a., seine Gegenwart, so mühe er, sagte er, die NSDAP, dieses Zeug, diese Fabrikationsware der Natur nicht verdient habe. Er habe das Wunder der fertigen Kundgebung, daß die Sozialdemokratie von seiner Bewegung einen heillosen Respekt habe und seine Prinzipien, seine Überzeugungen, seine Traditionen nicht kenne, sondern nur noch den einen Ruf: „Rette dich vor dem Tod!“ Für ihn werde es auch in Zukunft keine Tag ohne Kampf geben. Wenn er heute angreife, werde er morgen und übermorgen wieder angreifen. Man müsse ihn töten, wenn man ihn von seinen Gegnern losbringen wolle. Der Kampf gehe solange weiter, bis die Parteien des gegenwärtigen Systems am Boden lägen. Gleichgültig, ob der Tag des Sieges morgen komme oder in zehn Jahren, aber dieser Tag komme. Es bestehe kein Zweifel, daß der Wert der NSDAP doch noch gelingen werde. Die Parteien des Systems hätten in ihm, Hitler, einen Feind, den niemand überleben könne. Man werde niemals erleben, daß seine Partei kapituliere. Die weiteren Schläge der NSDAP würden besser treffen als die ersten.

Vorläufiges Waffenstillstandsabkommen im Fernen Osten.

++ Genf, 16. März.

Der von der außerordentlichen Völkerbundsversammlung eingeleitete Sonderausschuß aus Vertretern von 19 Mächten, der den japanisch-chinesischen Streit weiter behandelt, trat am Mittwoch zu einer ersten vertraulichen Sitzung zusammen. Der japanische Botschafter Sato machte Mitteilung von einem vorläufigen Waffenstillstandsabkommen. Der nähere Inhalt dieses Abkommens lag jedoch noch nicht vor.

++ Washington, 16. März. Im Staatsdepartement wurde heute erklärt, daß weder Amerika die mandchurische Regierung anerkennen werde, noch daß es angestrichelte Artikel 2 des Neumächtepakts für irgend eine Signaturmacht zu läßt erscheinen, diese Regierung als legitime Vertretung der mandchurischen Provinzen Chinas anzuerkennen.

Derwegerer Raubüberfall auf eine amerikanische Bank.

© New York, 16. März.

In Clinton (Stadt Iowa) wurde am Dienstag auf die City-Nationalbank ein verwegener Raubüberfall verübt. Kurz vor Beginn der Bürozeit erschienen in den Räumen der Bank fünf Personen, die ihre Köpfe in weiße mit Augenklappen versehene Überzüge gehüllt hatten. Sie überwältigten den Pförtner, und als die 25 Angestellte der Bank zur Arbeit erschienen, wurden sie gebunden und geknebelt. Zigarettenrauchend warteten die Eindringlinge ab, bis zur Ankunft der drei Kassierer, die gezwungen wurden, die Geldkassette und Schlüssel zu öffnen. Die Banditen trugen dann mit aller Gemütsruhe Geld und Wertgegenstände, insgesamt 108 000 Dollar, zusammen, steckten ihre Beute in einen Behälter und flohen hierauf in einem von der Bank stehenden Kraftwagen. Die Kassierer schlugen sofort Alarm, und mehrere Hilfspolizisten nahmen die Verfolgung auf. Als die Bankräuber merkten, daß man ihnen dicht auf den Fersen war, warfen sie den größten Teil ihrer Beute und schließlich auch die Waffen fort. Es gelang, vier der Räuber zu fassen, während der fünfte noch flüchtig ist.

Japanischer Dampfer mit 110 Menschen gesunken.

Tokio, 16. März.

Der japanische Rähendampfer „Choon Maru“ lief auf eine Riff auf und ging unter. Es wird berichtet, daß die Fahrgäste und die Besatzung, insgesamt etwa 110 Menschen, ums Leben gekommen sind.

Diebstahl in

Heute gegen 11 Uhr, der mit 15 000 Mark Augenblick alle 5 000 Mark in 5 in 1000-Markstücke zer in dem Geldter gelegenen nend in einem hinten wandte und der ihn angepro seinem Mantel a

Eine Person, 60 Pfennig Kupfer fallen und w in 40 Jahre al schwarz, linksgefiert, hellgrauen l lange Sohle.

Im Schalterza jungen Dame mit gehört das Bild. Raum der Reichs machen? Nachrich zum, Umlandstrasse

Die Vi

An der Angeleg kommunizieren langsam voran. Jüngere hat w weis dafür erzucht normiert, durch d leht wurde, von Krenner, SA-Leu morgen wurde e genommen unter zu sein. Damit i diesem Punkte über die Schiffe, durch d verordnete Fries d bedermelter März sofort zugegeben h

Eröffnung de

Entgegen anders mehr fest, daß die K n-Bonn n Die Eröffnung gesehen.

Doppelst

Der Lokomotivführer zugestimmt in den Schienen a e den Papiere form die 21-jährige Jahre alten Ego handelt. Aus hint das Paar in den ihre Zukunft hatten.

Die Abgen

Die Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Der Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Die Unterhalt

Der Unterhaltungsamt Roetgen fangreicher herc Während man bish Bürgermeister Gran hatte, hat sich inzwisch auf über 150 0 schlagungen handelt um Gelder des g größere Teil für Notstands Staatsmittel kam für die Sozial- und lida Nachschubmittel heit verminderten Se wird nunmehr bei Gelder in Sicherheit

Zeno-Briefkasten.

(Anfragen bitten wir unter Beifügung der letzten Monatsquittung nur an die Redaktion dieses Blattes (nicht an die Zeno in Münster) zu senden. Anfragen ohne Namensnennung werden nicht beantwortet.)

3. 5. 100. Erforderlich für die Einstellung der Offizieranwärter ist der Besitz eines zum Universitätsstudium berechtigenden Zeugnisses einer Vollankunft. Die Anmeldefrist erfolgt nur in der Zeit vom 1. 1. bis 31. 3. Sie ist zu richten an den Kommandeur des Truppendienstes, bei dem der Bewerber eingestellt werden will. Dem Bewerber ist ein Zeugnis beizufügen: Geburtszeugnis, polizeiliches Führungs- und Leumundzeugnis mit polizeilich beglaubigtem Foto, letztes Schulzeugnis, amtlich beglaubigte Einmündigkeit zum 12. jährigen Dienst, selbstbeglaubigter Lebenslauf. Die Ernennung zum Fahnenjunker erfolgt nach 16monatiger Ausbildung. Beförderung zum Offizier nach Maßgabe freier Stellen. Lassen Sie sich zwecks näherer Orientierung vom Verlag Georg Bath, Berlin SW., Gütshäuser Straße 13, das Heft „Bestimmungen über die Beförderung und Verlegung der Freiwilligen der Reichswehr“ kommen. Auch der Freiwillige, der kein Offizier werden will, melde sich bei dem Truppendienst, bei dem er dienen will unter Beifügung obiger Papiere.

3. 5. 100. Wenn Sie Ihrem minderjährigen Sohn nicht die Genehmigung zum Kauf des Anzugs geben und diesen Vertrag auch später nicht genehmigt haben, brauchen Sie als Vater nicht für die Forderung aufkommen.

3. 5. 100. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika umfassen folgende 49 Staaten: 1. Alabama, 2. Arizona, 3. Arkansas, 4. Colorado, 5. Columbia, 6. Connecticut, 7. Delaware, 8. Florida, 9. Georgia, 10. Idaho, 11. Illinois, 12. Indiana, 13. Iowa, 14. Kalifornien, 15. Kansas, 16. Kentucky, 17. Louisiana, 18. Maine, 19. Maryland, 20. Massachusetts, 21. Michigan, 22. Minnesota, 23. Mississippi, 24. Missouri, 25. Montana, 26. Nebraska, 27. Nevada, 28. New Hampshire, 29. New Jersey, 30. New Mexico, 31. New York, 32. North Carolina, 33. North Dakota, 34. Ohio, 35. Oklahoma, 36. Oregon, 37. Pennsylvania, 38. Rhode Island, 39. South Carolina, 40.

South Dakota, 41. Tennessee, 42. Texas, 43. Utah, 44. Vermont, 45. Virginia, 46. Washington, 47. West Virginia, 48. Wisconsin, 49. Wyoming.

3. 5. 100. Lieferungsverträge werden durch die Notverordnung nicht erfüllt. Der Verkäufer ist deshalb zu einer Senkung des vereinbarten Preises nicht verpflichtet.

3. 5. 100. Es handelt sich um einen rechtskräftigen Vertrag. Ihre volljährige Tochter ist deshalb verpflichtet, die Möbel bei dem Möbelfachhändler zu kaufen bzw. zu nehmen. Sie macht sich sonst schadenersatzpflichtig. Es ist das Beste, die Tochter einigt sich gütlich.

3. 5. 100. Es ist nicht zweifelhaft, daß es sich in keinem der Fälle um ein Darlehen handelt. Auch das langfristige gegebene Darlehen ist eine Vermögensanlage. Sie können deshalb von allen Darlehen nur 25 Prozent des Marktwertes verlangen (82,50 Mt.).

3. 5. 100. Das im Jahre 1921 zurückgezahlte Darlehen, das als Vermögensanlage gegeben ist, braucht nicht aufgewertet zu werden. Der Gläubiger kann keine Ansprüche mehr stellen.

3. 5. 87. Wir nehmen nach Ihrem Schreiben an, daß es sich nicht um ein Auerbengut handelt, das als solches im Grundbuch eingetragen ist. Es kommt § 7 des Gesetzes über die wirtsch. Gütergemeinschaft in Frage, der lautet: „Wird die Ehe durch den Tod eines der Ehegatten aufgelöst, so behält der überlebende Ehegatte die eine Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens als sein Eigentum; die andere Hälfte als Nachlaß des Verstorbenen fällt den Kindern zu. Auch Kinder des Verstorbenen aus einer früheren Ehe nehmen an dieser Erbteilung teil.“ Die Regelung trifft jedoch nur ein, wenn die Eltern letztwillig nicht etwas anderes bestimmen, wozu sie ohne Zustimmung der Kinder berechtigt sind.

3. 5. 105. Mit einer Aufwertung von 25 Mt. brauchen Sie sich nicht aufreiben zu geben. Einigen Sie sich auf der Grundlage von 200 bis 250 Mt.

3. 5. 105. Das Reichsaufsichtsamt hat in den mit Dritten abgeschlossenen Glas- und Holzhandlungs-Verträgen aufsichtspflichtige Verkaufsgeschäfte gesehen, wenn die Glasverpackungen des Hauptgegenstandes des Abkommens bildet (vergl. Veröffentlichung des Reichsaufsichtsamts Nr. 1 1924, S. 56). Der Reichsaufsicht hat aber auch von Glasverpackungen die

mit ihren Mitgliedern abgeschlossenen Geschäfte als steuerpflichtige Verkaufsgeschäfte in dem Urteil vom 30. 10. 1925 angelegen. In dem zur Entscheidung stehenden Fall handelt es sich um einen Unterhaltungsvertrag, der die gemeinschaftliche Tragung der Kosten der Glasverpackungen einzelner Mitglieder bezweckt. Mitglieder konnten auch hier jeder Hausbesitzer oder selbständige Ratgeber werden. Mit dem Eintritt und der Entrichtung der vorerwähnten Beiträge gilt das Mitglied gegen die Höhe der Quadratmeterzahl der Glasfläche umgelegt. Über Streitigkeiten wegen der Höhe der Unterhaltung entscheidet der Vorstand mit dem Aufsichtsausschuß. Für das Bestehen einer Versicherung gegen die Schäden ausbrüchlich eine Anwartschaft vorgelegen ist, die bei Streitigkeiten über Schadensfälle entscheidet. Nach dem Urteil wird man also auch im vorliegenden Fall die Versicherungspflichtigkeit selber bejahen müssen. Gegen Entrichtung der Selbstkosten sind wir auf Wunsch bereit, Ihnen eine Abschrift dieses Urteils auszusenden.

3. 5. 600. Sie sind gesetzlich verpflichtet, die Tochter (nicht den Schwiegersohn) zu unterstützen, wenn Sie dazu imstande sind. Bei Ihrem Einkommen dürfte die Tochter einen durchführbaren Anspruch auf Unterstützung haben. Ob Sie den Haushalt zusammenlegen oder nicht, ändert an der Rechtslage nichts.

3. 5. 600. Da Sie erst mit der Aufstellung der Grundstücke wurden, müssen Sie bis zum 30. Juni 1931 Nachtrag leisten.

3. 5. 100. Sie können die selbstgepflanzten Bäume und Sträucher bei Ihrem Auszug mitnehmen.

3. 5. 100. Der Wandergewerbesteuer ist bei der dortigen Gemeindevorwaltung zu beantragen. Er wird für die Dauer eines Jahres ausgestellt. Sofern Sie in Folge dieser Tätigkeit nicht mehr bedürftig sind, wird Ihnen die Unterlage entzogen.

Gesellschaftliches

Was soll ich heute tun?

Ein oft gehörter Stoßseufzer vieler Hausfrauen, den unsere fortgeschrittene Zeit nun ebenfalls in den überlebten Worten der Vergangenheit verweisen hat. Heute

beginnt die Hausfrau Sorgenlos ihren Tag. Sonne und Glanz, die klugen Hausfrauen, werden ihr zeitig genug haben sie bereits gegeben, viel Wissen über neues Kochen aber! Ihr bester Rat aber ist: nimm Sanella zu allem! Was Brautaufricht, zum Kochen, zum Braten und zum Baden. Sie ist nahrhaft, wohlschmeckend und befeuchtend.

Kinder der Gegenwart.

Ich hatte kürzlich Gelegenheit, Kinder beim Spiel am Spielplatz zu beobachten. Es ist staunenswert, wie sehr Kinder von heute in der Gegenwart leben, wie lebendig das tägliche Um und Auf sie beeinflusst. Die Kinder haben im Kreis und mücken reichum und ohne Furchen Morde raten. Ein Pfänderpiel also, wie auch wir es schon spielten. Was mir aber auffiel, war der Gegenstand des Spiels: die Kinder mücken nämlich raten, was — im alles pukt! Törse, Teller, den Fußboden, die Tischplatte, Fensterlässe, Gabel, Messer, Rindfleisch, Kanonen, Pfannen, Schleifadmbel, Kupfer, Zinn, Email, Rachen, selbst die Hände — kein Ende konnten sie finden. Ich muß sagen, selbst ich war überfallen. Besonders lustig wurde es, als ein Kind auf die Idee kam, die Frage umzudeuten: Was wählt W im nicht ab? Da regnete es die Pfänder nur so! „Samt“ meinte ein Kind. „Seide“ ein anderes, dann waren sie fertig mit ihrer Weisheit. Eine sehr kluge Antwort gab hier ein Mädchen, es sagte nämlich: W im wählt die Farbe nicht von den Türen.

Viele Hausfrauen wissen noch nicht, daß die Maggi-Gesellschaft für die fleißige Verwendung ihrer Erzeugnisse wertvolle Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Scher, verstellbare Teller, Gabeln, Messer, ferner Servietten, Tischdecken usw. als Prämien gibt. Die Umhüllungen von Maggi's Suppenwürfeln, ferner von der Verpackung der Maggi's Suppenwürfeln gelten als Gutschein. Den anderen Maggi-Erzeugnissen sind Einzelgutscheine beigegeben. Wer sie an die Maggi-Gesellschaft, Berlin W 35, einreicht, erhält dafür die ausgelegten Gegenstände nach seiner Wahl. Bei dem täglichen Verbrauch der verschiedenen Maggi-Erzeugnisse ist bald die erforderliche Anzahl Gutscheine beisammen.

Im ganzen Lande verbreitet es das Radio:

Sanella nehmen heißt wirklich sparen!

Jeden Freitag vormittag:
„Sanne und Ella“
die vorbildlichen Hausfrauen,
plaudern im Radio



„Sanne und Ella“, die Vorkämpferinnen für modernes, sparsames Wirtschaften erteilen Ihnen folgenden praktischen Ratschlag:

„Kochen Sie Gemüse in Salzwasser ab und schwenken Sie es dann — statt in Mehlschwitze — einfach in Sanella! Das schmeckt besser — ist moderner und gesünder — und spart Ihnen Arbeit und Zeit!“

„Sanne und Ella“ wissen, wie bequem und sparsam man heute kochen kann — mit Sanella nämlich, die allen Speisen Nährwert und Geschmack gibt! Und wie schmackhaft und gesund ist sie auf Brot! — Verfolgen Sie die weiteren Ratschläge von „Sanne und Ella“ in diesem Blatte und im Radio — vielleicht enthalten sie noch eine Überraschung für Sie!



Von Millionen Hausfrauen bevorzugt!

22. Wohlfahrts-Geld-Lotterie
Ziehung am 1. u. 2. April 1932
2892 Gewinne
und
2 Prämien
im Gesamtbetrage von
RM. 15.000
Höchstgewinn RM. 8000
1 Hauptgewinn „ 5000
1 Prämie „ 2000
Los 50 Pfg., Glücksbrief mit 10 Losen
RM. 5,00 (Porto u. Liste 40 Pfg. extra).
Versand unter Nachnahme.
Anz.-Verw. d. Zeno, Münster i. W.,
Salzstraße 33 a, (am Servatiusplatz),
Postcheckkonto Dortmund 20726.

Auto-Fahrten
mit 2- u. 4-Platz-Schnell-
Lieferwagen werden
jederzeit zuverlässig und
preiswert ausgeführt.
Münster i. W.
Telephon 21464/26654

Prima Rheinpfalz. Weiß- und Rotwein
v. Edelreben, frei dort, Station, in Lethias, v. 35-40 Lit.
an (Falsch franko) 100 Liter zu 10 Pfg. geg. Nachn.
Tgl. Nachbest. Weinhaus Gebr. Christmann
Edelheim (Rheinpfalz).

DRESDNER BANK
Der
Geschäftsbericht für das Jahr 1931,
der in der am Donnerstag, den
24. März d. J., vormittags 11 1/2 Uhr,
in Dresden, Johannstraße 3, stattfindenden
neunundfünfzigsten
ordentlichen Generalversammlung
zur Vorlage gelangt,
ist erschienen
und kann von den Aktionären bei allen Niederlassungen
in Empfang genommen werden.

Die richtige Adresse
für Möbelkäufer heißt
Möbelmagazin vereinigter Tischlermeister
Münster i. W. Inh.: W. Niehues, Frauenstraße 31
Überzeugen Sie sich durch eine zwanglose Besichtigung unserer großen
Ausstellung von der Qualität und Preiswürdigkeit der Möbel.

Guterhaltener Dampfkeffel
für Dampfheizung zu
kaufen gesucht.
Off. unt. H 287 an d.
Zeno-Verw. der Zeno,
Münster i. W.

Ingenieurschule Lage
Elektrotechnik, Maschinenbau,
Automobilbau, Flugzeugbau, Bau-
wesen, Holztechnik, Kältetechnik,
Landw., Masch., Radiotechnik
Lehrpläne
Sachverständigen
anfragen

Habe meine Praxis zur
Königsstraße 46
verlegt.
Dr. Schmiedding,
Facharzt für Gyn. und
Hormeleiden.
Münster i. W.
Sprechst. 10-12, 2 1/2-6

Getragene
Mäntel
von 9.- RM.
Anzüge
von 9.- RM. an
K. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend
Gehrock
17.-
Smoking
23.-
Neue Anzüge
von 12.- an
H. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend
H. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend

Jakobson
H. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend
H. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend
H. u. H. für die Herren
Herrn Herrenpassend

Dersandgeschäft
richte allerorts ein
R. E. Berthold, Halle

Angebote
Suche zum 1. April
alters- unbefriedigtes,
durch auszuverlässiges,
ehrliches
Mädchen
für kleinen Haushalt,
3 Personen. Es kom-
men nur erste Kräfte
in Frage.
Kohlend. Bielefeld
Kohlend. Bielefeld
Kohlend. Bielefeld
Kohlend. Bielefeld

Mädchen
für Haus u. Landwirt-
schaft, welches auf
mehren kann, bei Fam.
Anschluß. Off. unt. H
288 an die Zeno-Verw.
der Zeno, Münster i. W.

Mädchen
das auch melken kann.
Off. unt. H 289 an die
Zeno-Verw. der Zeno,
Münster i. W.

Kath. Mädchen
für kleine Haus und
Garten. Gute Zeugn.
Bedienung. Fortschritt
nur auf Wunsch.
Franz Kemmelfer
Friedrich, Datteln.

Kölner Dombau-Geldlotterie
Ziehung 27. und 28. April 1932
4552 Gewinne und 1 Prämie
im Gesamtbetrage von
100000 RM. Höchstgewinn
60000 „ 1 Hauptgewinn
50000 „ 1 Prämie
10000 „ 5 Gewinne zu je
5000 „ 1000 RM.
Lose zu RM. 3,- (Porto und Liste
40 Pfg. extra). Versand per Nachn.
Anz.-Verw. der Zeno,
Münster i. W., Salzstraße 33a (am Servatius-
platz), Postcheckkonto Dortmund 20726.

Berufsen
jeden Standes (kath.)
finden sofort Lohnend.
Lebensverdienst.
Gena einwandfreie Tä-
tigkeit.
Gena einwandfreie Tä-
tigkeit.
Gena einwandfreie Tä-
tigkeit.

Gesuche
Dr. kath. nettes Mäd-
chen vom Lande, welch.
die Hausarbeit in er-
betriebl. gründl. erlernt
mit 15 Jahren.

Stelle
zur Erlernung d. Küche
u. des Haushaltes bei
Familienanstellung und
eigenem Aufwuchs.
Off. unt. H 285 an
den Zeno-Verw. der Zeno,
Münster i. W.

Sucht Stelle
als Stütze
Off. unt. H 286 an
die Zeno-Verw. der Zeno,
Münster i. W.

Arbeitsbest und ihre finanzierung
zialdemokratischer
beihilfe und
für erledigt erklä-
Entfaltung ang